

## Nebenwirkungen auch bei Johnson & Johnson

Es ist eine schwere Nebenwirkung: In den USA wurde bereits der Impfstoff von Johnson & Johnson umfangreich eingesetzt. Dabei traten Fälle von Sinusvenenthrombosen auf. Die Patienten waren demnach zwischen sechs und 15 Tagen nach Impfung mit starken Kopfschmerzen bei einem Arzt vorstellig geworden. In einem Fall hatte ein Patient zuerst starke Rückenschmerzen und entwickelte erst später Kopfschmerzen. Alle bisherigen Impfpfaffer sind Frauen.

Bis zum 21. April waren drei von ihnen verstorben, drei mussten weiterhin intensivmedizinisch betreut werden, zwei waren auf eine andere Station verlegt worden, vier konnten nach Hause entlassen werden. Damit soll es sich offenbar um ein ähnliches Krankheitsbild handeln, wie es Personen erleben mussten, nach einer AstraZeneca-Impfung.



Früher konnten wir noch sagen: Es ist 5 vor 12. Inzwischen ist die Situation eine völlig andere und viele Bürgerinnen und Bürger stellen sich die Frage, ob überhaupt noch eine Veränderung möglich ist. Corona-Entmündigungen, Masseneinwanderung, Islamisierung und der stetige Abbau der eigenen Identität lassen diese Schlussfolgerung sicherlich zu. Trotzdem ist es wichtig, dass wir für den Vorbestand unserer Heimat stehen und sie nicht dem Treiben der Altparteien überlassen. Jeder kann seinen Teil dazu beitragen, dass wir unser Land vor weiteren Einschnitten bewahren. Gemeinsam können wir es schaffen, denn eine standhafte Gemeinschaft darf dieses Treiben nicht ohne politische Gegenwehr hinnehmen.

## Republikaner Förster als Alterspräsident

Das neue Hanauer Parlament tagte erstmals nach den Kommunalwahlen und auch wir Republikaner sind wieder in Fraktionsstärke vertreten. Bereits vorher gab es Kritik daran, dass Republikaner Bert-Rüdiger Förster als Alterspräsident fungierte, obwohl dieser bereits vorher mitteilte, dass er sich staatsmännisch und brav verhalten würde. Gemäß Paragraph 57 der Hessischen Gemeindeordnung führte der „Republikaner“, Jahrgang 1942, als ältestes Mitglied und Alterspräsident den Vorsitz, bis Stadtverordnetenvorsteherin Beate Funck (SPD) einstimmig wiedergewählt wurde. Vor der Versammlung forderten die Wählergemeinschaft „Wir sind Hanau“ (WSH) und die Junge Union (JU) Hanau / Maintal Förster auf, auf das Amt des Alterspräsidenten zu verzichten und griffen dabei natürlich tief in die Rassismus-Schmuddelkiste. Förster lehnte einen Verzicht ab, warf der JU ein zweifelhaftes Demokratieverständnis vor und nahm das Amt würdevoll für Hanau wahr.

## Weniger Freiheiten für Ungeimpfte

Wahrscheinlich sollen vollständig Geimpfte und Genesene in der Corona-Krise wieder mehr Rechte und alte Freiheiten bekommen, während ungeimpfte Personen die volle Breite der Einschränkungen weiter erfahren. Darauf verständigten sich Union und SPD. Dann würden für sie Ausgangssperren, Kontaktbeschränkungen und Test- und Quarantänepflichten beim Reisen nicht mehr gelten. Demnach sollen die von Justizministerin Christine Lambrecht (SPD) vorgeschlagenen Änderungen am Donnerstag im Bundestag und am Freitag im Bundesrat beschlossen werden. Die Mitglieder der Bundesregierung haben der Kabinettsvorlage bereits im Umlaufverfahren zugestimmt.

Besonderer Druck war auch durch das Bundesverfassungsgericht entstanden, da es mehrere Klagen gegen die Bundesnotbremse gibt, mit der Ausgangssperren bisher auch für Geimpfte gelten. In der großen Koalition wurde befürchtet, dass die Richter in Karlsruhe das Infektionsschutzgesetz, zumindest den Teil der verpflichtenden Ausgangssperren ab einer Inzidenz von 100 kippen könnten, weil dort bisher nicht zwischen Geimpften und Nicht-Geimpften unterschieden wird. Zwar war in § 28c des neuen Infektionsschutzgesetzes eine entsprechende Rechtsverordnung angekündigt worden zum Umgang mit Geimpften, aber diese liegt jetzt eben erst im Entwurf vor. Das Kanzleramt habe

zunächst auch wegen des damit einhergehenden Signals ein so schnelles Inkrafttreten blockiert, hieß es aus Fraktionskreisen. Damit stellt sich auch die Frage, ob die geltenden Maßnahmen noch zielführend sind:

Gerade für die Polizei wird es schwer, Kontaktbeschränkungen oder Ausgangssperren vernünftig zu kontrollieren, streng genommen müsste sich die Polizei nach 22 Uhr einen Impfpass zeigen lassen von Leuten, die dann noch privat unterwegs sind. Aber ohnehin wächst der Druck, wegen sinkender Infektionszahlen und auch Wendesignalen der Intensivmediziner rasche Lockerungen folgen zu lassen.

# Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

**DIE**  
**REPUBLIKANER** **REP**

## Siegaue-Vergewaltiger steht erneut vor Gericht

Es ging damals bundesweit durch die Medien und ließ sich nicht verheimlichen. Jetzt steht der sogenannte Siegaue-Vergewaltiger erneut vor Gericht: Dieses Mal geht es unter anderem um schwere Brandstiftung. Der rechtskräftig verurteilte Vergewaltiger einer jungen Camperin soll 2018 in seiner Gefängniszelle in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Köln Feuer gelegt haben. Ein JVA-Beamter und ein Mitgefangener erlitten Rauchvergiftungen, er selbst wurde schwer verletzt. Laut Anklage soll der heute 34-Jährige außerdem in zwei Fällen JVA-Mitarbeitern mit dem Tod gedroht haben. Für den Prozess vor dem Kölner Landgericht sind vier Verhandlungstage bis zum 14. Mai angesetzt. Die Hauptverhandlung sollte eigentlich bereits im Frühjahr vergangenen Jahres starten, war im Zuge des ersten Corona-Lockdowns aber verschoben worden. Das Bonner Landgericht hatte den abgelehnten Asylbewerber aus Ghana 2018 in einem Revisionsprozess zu zehn Jahren Haft wegen besonders schwerer Vergewaltigung und räuberischer Erpressung verurteilt. Laut Urteil hatte er 2017 ein junges Paar überfallen, das in der Siegaue bei Bonn zeltete. Er bedrohte die Opfer mit einer Astsäge und vergewaltigte die Frau brutal.

Dieser Fall steht wie viele andere für eine völlig fehlgeschlagene Asylpolitik. Ohne Kontrolle wurden Millionen Asylbewerber in unser Land gelassen. Die Folgen erleben wir bis heute und werden noch die nächste Generation beschäftigen.

## 1. Mai und wieder linke Straßenschlachten

Angemeldet war wie immer eine größere linke Kundgebung. Die „revolutionäre“ Demo sollte an diesem 1. Mai anders werden als in vergangenen Jahren: Mehr Inhalte, weniger Krawall und Alkohol. So hatten die Veranstalter es angekündigt. Doch daraus wurde nichts.

«Es folgten 90 Minuten deutlicher Gewalt», stellte Polizeipräsidentin Slowik nach den massiven Ausschreitungen fest. Der Zeitraum von 20.15 bis 21.45 Uhr sei bei den Autonomen auf der Karl-Marx-Straße und der Spitze der Demonstration auf der Sonnenallee von «massiven Angriffen» auf die Polizei geprägt gewesen. «Es flogen Flaschen und Steine, es kam zu körperlichen Auseinandersetzungen.»

Insgesamt wurden Slowik zufolge an dem Tag 93 Polizisten verletzt, die meisten davon leicht. Darunter waren 71 am Abend in Neukölln verletzte Beamte. Vier Polizisten konnten ihren Dienst nicht fortsetzen. Ein Polizist habe einen Knochenbruch erlitten. Es habe viele Verletzungen wie Prellungen gegeben, zudem einzelne Wunden, Zerrungen und Ausrenkungen. Die Polizeipräsidentin betonte, zwar hätten Müllcontainer gebrannt, aber es hätte keine Barrikaden geben. Als würde dies die Geschehnisse irgendwie relativieren.

Auch soll es antisemitische Parolen aus einem Block von Palästinensern gegeben haben, die sich ebenfalls unter den Linken befunden haben.

Die Berliner Polizei hat als 350 Menschen festgenommen. In zahlreichen anderen Städten gab es ebenfalls am 1. Mai Demonstrationen, mit gewaltvollen Aktionen. In Hamburg versammelten sich Hunderte Menschen im Schanzenviertel, es wurden Böller gezündet. Die Beamten lösten die Versammlung auf, vereinzelt wurden Wasserwerfer gegen Blockierer eingesetzt. In Frankfurt am Main kam ebenfalls zu Ausschreitungen. Einsatzkräfte wurden nach Polizeiangaben unter anderem durch gezielte Stöße mit Fahnenstangen und Flaschenwürfen angegriffen. Auch in Leipzig wurden Beamte angegriffen und Böller gezündet.

## ! Jetzt Republikaner werden !



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei:** <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

WWW.REP.DE

## Jetzt informieren

- O Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung**
- O Ich möchte Mitglied werden**
- O Ich bitte um weiteres Infomaterial**

[www.rep.de](http://www.rep.de)
**DIE REPUBLIKANER**
**DIE REPUBLIKANER**  
**REP**

## VERANSTALTUNGSKALENDER

**Sehen Sie hier eine kleine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist.**  
**Weitere Informationen erhalten Sie von den Landesverbänden**

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Stadtrat: Tel.: 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Samstag im Monat, um 17.00 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax: 0211-6022383.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, um 19.30 Uhr, in Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de

---

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER  
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**

---



# Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

**DIE REPUBLIKANER(REP)**  
 Postfach 140407  
 40074 Düsseldorf

# Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

Postleitzahl \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ Telefax \_\_\_\_\_

E-Post \_\_\_\_\_

Konfession / Beruf / Tätigkeit \_\_\_\_\_ Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Frühere Parteimitgliedschaft in .../von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post  
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) \_\_\_\_\_ Zahlungsart  Überweisung  Lastschrift Zahlungsrhythmus  jährlich  halbjährlich

Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

## Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut \_\_\_\_\_ BIC/Swift-Code \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
<b>Kreisverband</b> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	<b>Bezirksverband</b> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	<b>Landesverband</b> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	<b>Bundesverband</b> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. <b>Mitgl.nr.</b>

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.